Kritik an Onlinepranger von Politaktivisten

CHEMNITZ (AFP) - Der Onlinepranger der Künstlergruppe Zentrum für politische Schönheit zur Identifizierung von Teilnehmern rechter Aufmärsche in Chemnitz ist auf Kritik gestoßen. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, sprach am Dienstag von einer "problematischen Kunstaktion, die nicht zur Aufklärung beiträgt, sondern nur der Spaltung unserer Gesellschaft weiter Vorschub leistet". "Es spielt keine Rolle, ob der Pranger real oder Fake ist, und schon gar nicht rechtfertigt das Ziel dieses Mittel", erklärte Zimmermann.

Drei Monate nach den rechten Demonstrationen in Chemnitz hatten die Politaktivisten am Montag eine Aktion unter dem Stichwort "Soko Chemnitz" gestartet. Das Zentrum für politische Schönheit ruft dazu auf, Teilnehmer der rechten Aufmärsche zu entlarven und vor ihren Arbeitgebern bloßzustellen. Die Polizei prüft unterdessen eine mögliche strafrechtliche Relevanz.

Zahl des Tages

Ratsreferenden und Bürgerentscheide gab es 2017 – das waren 15 Verfahren weniger als 2016 und 70 weniger als 2015.

Kurz berichtet

Zschäpe könnte nach Chemnitz verlegt werden

MÜNCHEN (lby) - Beate Zschäpe, die im NSU-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, könnte in absehbarer Zeit von München in die JVA nach Chemnitz verlegt werden. Dies ist eine von zwei Möglichkeiten, die nach Angaben aus Justizkreisen derzeit geprüft wird. Von der JVA München-Stadelheim hieß es, es gebe Sondierungen, ob eine Verlegung Zschäpes möglich sei, entweder innerhalb Bayerns oder "heimatnah".

Hunderte Rechtsextremisten entziehen sich Verhaftung

BERLIN (dpa) - Hunderte Rechtsextremisten sind bundesweit auf freiem Fuß obwohl Hafthefehle gegen sie vorliegen. Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Linken hervor. Demnach wurde Ende September nach 467 Rechtsextremisten per Haftbefehl gefahndet, ohne dass die Sicherheitsbehörden die Beschuldigten auffinden konnten. Nur 108 von ihnen wurden wegen politisch motivierter Delikte gesucht. Die Gesamtzahl aller nicht vollstreckten Haftbefehle liegt nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei bei rund 175 000.

Union unterstützt Pläne zu Freiwilligendiensten

BERLIN (KNA) - Der Vorstoß von Familienministerin Franziska Giffey (SPD) zum Ausbau der Jugendfreiwilligendienste trifft beim Koalitionspartner CDU/CSU auf Zustimmung. "Viele der Forderungen kann ich prinzipiell mittragen", sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Nadine Schön. Mit Blick auf die geplante Fahrtkostenregelung sehe sie aber den ländlichen Raum benachteiligt.

Bahceli kritisiert **Deutsche Islamkonferenz**

ISTANBUL (AFP) - Der türkische Nationalistenführer Devlet Bahceli hat Kritik an der Deutschen Islamkonferenz und der Forderung nach einem "Islam für Deutschland" geäußert. "Die Konferenz, die unter dem Slogan 'Islam in Deutschland und für Deutschland' zusammengetreten ist, ist ein Skandal und eine Beleidigung für unsere Religion", sagte der Vorsitzende der ultrarechten Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) laut der amtlichen Nachrichtenagentur Anadolu.

Digitalpakt spaltet die Parteien

Südwest-Bundespolitiker wollen Grundgesetz ändern – Landespolitiker wehren sich

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Baden-Württembergs Rebellion gegen den Bund trägt Früchte: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) will sich nicht von Berlin in die Bildungshoheit reinregieren lassen - und hat in den unionsgeführten Ländern Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen bereits die dafür nötigen Unterstützer gefunden. Am Dienstag in Stuttgart sprach Kretschmann von der geplanten Grundgesetzänderung als "dramatischen Eingriff in das föderale Gefüge".

Der Bundestag hat die Änderung bereits beschlossen, durch die der Bund den Ländern fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen geben möchte - mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP. Die Bundespolitiker hätten verstanden, dass die Bildung ein wichtiges Thema sei. "Aber sie sind nunmal dafür nicht zuständig. Das müssen sie einsehen", sagt Kretschmann. Im Bundesrat Mitte Dezember wollen die Länder die Verfassungsänderung stoppen.

Eith spricht von einem Dilemma

Der Freiburger Politikwissenschaftler Ulrich Eith bezeichnet den Widerstand aus Sicht der Länder als nachvollziehbar. "Der Bund will ja nicht nur Geld geben, sondern fordert Steuerungsmöglichkeiten und Ko-Finanzierungen durch die Länder." Da sei die Gegenwehr gegen weitere Einflussnahme durch den Bund verständlich, sagte er der "Schwäbischen Zeitung". Er spricht von einem Dilemma: "Wir wollen auf der einen Seite möglichst viel Autonomie, auf der anderen Seite gibt es keine gesellschaftlichen Mehrheiten für unterschiedliche Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern. Das ist der Widerspruch unseres föderalen Systems, in dem wir seit

KMK-Chef wirbt

Der Präsident der Kultusminis-

Holter, hat dafür geworben, eine

der-Vereinbarung zur Digitalisie-

rung von

Schulen auf

den Weg zu

bringen. Sie

wie das Geld

soll regeln,

vom Bund

aus dem

geplanten

Digitalpakt

eingesetzt

wird. "Ich

möchte, dass

lang ausgehandelte Bund-Län-

die Bund-Länder-Vereinbarung

gemeinsam erarbeitet wurde,

auch durch die Kultusminister-

der Linke-Politiker der Deut-

Derzeit sei alles "noch ein

bisschen offen". (dpa)

konferenz bestätigt wird", sagte

schen Presse-Agentur in Erfurt.

zum Digitalpakt so, wie sie ietzt

terkonferenz (KMK), Helmut

für Abkommen

Helmut Holter



Durch die Änderung will der Bund den Ländern fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen geben doch der Streit um die Grundgesetzänderung überlagert das Thema.

Jahrzehnten leben." Dieser Widerspruch zeigt sich auch an den Positionen der Politiker derselben Parteien. Winfried Kretschmann und Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) führen die Rebellion an und haben dafür Rückendeckung von den grün-schwarzen Regierungsfraktionen im Land. Ihre Parteifreunde im Bundestag haben indes alle für die Grundgesetzänderung gestimmt. Vier Politiker aus dem Verbreitungsgebiet der "Schwäbischen Zeitung" verdeutlichen den Riss, der sich beim Digitalpakt Schule auftut – alle sind sie Mitglieder im Bildungsausschuss ihres jeweiligen Parlaments.

Die Sigmaringer Landtagsabgeordnete Andrea Bogner-Unden

(Grüne) betont: "Der Föderalismus ist eingerichtet worden, um den Ländern die Kompetenzen zu geben, in denen sie besser sind als der Bund" etwa in der Bildungspolitik. Sie äußert großen Respekt für ihre Parteifreundin Margit Stumpp aus dem Wahlkreis Aalen-Heidenheim. "Ich habe aber meine Bedenken, ob eine Bundestagsabgeordnete das Vor-Ort-Wissen über die Schulen so hat wie ich", sagt Bogner-Unden.

"Ich sehe die Bildungshoheit der Länder in keinster Weise angetastet", entgegnet Stumpp. Schließlich könne der Bund mit der vorgesehenen Verfassungsänderung auch weiterhin nichts tun, wenn die Länder nicht zustimmten. Die Argumente der Gegner

> THEMA des Tages

Machtverlust Warnung vor eingeschränkter Länderhoheit

Städte fürchten

MANNHEIM (lsw) - Der Städtetag Baden-Württemberg sieht eine Grundgesetzänderung für den milliardenschweren Digitalpakt für Schulen kritisch. Ein solcher Beschluss würde nicht nur die Länderhoheit in Bildungsfragen, sondern auch die kommunale Selbstverwaltung einschränken, sagte der Bildungsexperte des Verbandes, Norbert Brugger, in Stuttgart. Allerdings müsse der Bund Städten und Gemeinden auch finanziell unter die Arme greifen für die Aufgabe, die Schulen digital auf Vordermann zu bringen - sie etwa mit W-LAN und Tablets auszustat-

Für den Südwesten werden dafür 650 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Immer mehr Länder jedoch lehnen die vom Bundestag bereits beschlossene Grundgesetzänderung ab, darunter Baden-Württemberg. Damit sie wirksam wird, muss der Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen.

Eine Machtverschiebung von den eigenständig agierenden Kommunen in Richtung Bund führe zu noch längeren Entscheidungswegen in der Bildung, gab Brugger zu bedenken. Neben Land und Kommunen werde künftig dann auch noch der Bund bei den Schulen mitreden.



Norbert Brugger, Bildungsexperte des Städtetags.

lässt sie nicht gelten. Zu viel Bürokratie durch die Berichtspflichten der Länder, wie Kretschmann kritisiert? "Genau das macht das Land auch mit den Kommunen. Es ist doch ein völlig normaler, gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern verantwortlicher verwaltungsrechtlicher Vorgang." Die Grundgesetzänderung brauche es nicht, weil der Bund den Ländern auch einfach mehr Steuergeld zur Verfügung stellen könnte? Nein, sagt Stumpp. "Ich stehe zu diesem Weg, weil das die einzige Möglichkeit ist, zweckgebunden das Geld an die Schulen fließen zu lassen. Es gibt genügend Beispiele vom Bundesrechnungshof und dem Bund der Steuerzahler, die belegen, dass Bundesgelder von den

Ländern für andere Zwecke als gedacht ausgegeben werden."

Der Wangener Landtagsabgeordnete Raimund Haser (CDU) verbittet sich dieses Misstrauen. "Das ist ein Affront", sagt er. Schließlich gebe es das Landesparlament, den Landesrechnungshof und die Presse, die den Einsatz des Geldes kontrollierten. "Wir sollten diesen Streit nutzen, um über die finanziellen Verbindungen zwischen dem Bund und den Ländern generell zu reden", sagt er. Wenn die Aufgaben der Länder wachsen, sollten die Länder mehr Steuermittel einbehalten können – etwa von der Mehrwertsteuer. Haser vermutet hinter der Grundgesetzänderung ein Ziel: "Es geht darum, dass der Bund endlich seinen Fuß in die Tür eines Themas bekommt, das extrem viel Aufmerksamkeit bekommt."

Ronja Kemmer (CDU), Bundestagsabgeordnete aus Ulm, spricht indes von einem guten Kompromiss. "Es ist kein Ziel des Bundes, Bildungspolitik im Grundsätzlichen zu machen. Ich sehe nicht, dass der Bund sich einmischt", sagt sie. Nun liege es an den Ländern, im Bundesrat die Grundgesetzänderung zu billigen. Nur so könne das Geld zum neuen Jahr fließen.

Zur Person

Ex-Lobbyist

Andrew Wheeler ist amtierender Direktor der amerikanischen Umweltbehörde. Er gilt als unauffälliger Technokrat – der zu kassieren versucht, was Ex-Präsident Barack Obama umweltpolitisch auf den Weg gebracht hatte. Nach dem Willen des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump soll der 53-Jährige demnächst für den Ministerposten an der Spitze der Environment Protection Agency (EPA) nominiert werden. Da der Senat die Personalie absegnen muss, die Republikaner aber über eine solide Mehrheit verfügen, dürfte das Verfahren bloß eine Formalie sein. Damit würden die USA einen Umweltminister bekommen, dessen bisheriges Berufsleben um die Frage kreiste, wie sich die Interessen der fossilen Energiebranche am effizientesten verteidigen lassen.

Ehe er im April zur EPA wechselte, hatte Wheeler für die Anwaltskanzlei Faegre, Baker, Daniels gearbeitet, die in Washington Lobbyarbeit leistet. Unter anderem legte er sich dafür ins Zeug, das Bears-Ears-Areal in Utah für den Uranabbau zu öffnen. Obama hatte den Landstrich zum Nationaldenkmal erklärt. Seit Trump das Dekret seines Vorgängers abschaffte, können große Teile des Naturparks wirtschaftlich wieder genutzt werden.



Andrew Wheeler soll US-Umweltminister werden.

Außerdem sorgte der Lobbyist Wheeler dafür, dass die Anliegen von Murray Energy, eines der größten Kohleunternehmen des Landes, auf der Agenda des Weißen Hauses weit oben rangierten. Zwei Monate nach Trumps Amtsantritt ließ der Murray-Konzern dessen Stellvertreter Mike Pence eine Art Wunschzettel zukommen. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen stand ebenso darauf wie der Abschied vom Clean Power Plan, dem Herzstück der Ökopolitik Obamas, Bis 2030 sollten die Kohlekraftwerke demnach ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Stand des Jahres 2005 um 32 Prozent senken.

Bevor er sich Faegre, Baker, Daniels anschloss, gehörte der aus Ohio stammende Jurist Wheeler zum Stab des republikanischen Senators James Inhofe, der wie kaum ein anderer für die Leugnung des vom Menschen verursachten Klimawandels stand.

Frank Herrmann

Zukunft des Abrüstungsvertrags hängt von Russland ab

Nato-Außenminister fordern vom Kreml, sich wieder an das INF-Abkommen zu halten – Brugger fordert mögliche Abkehr von Nord Stream 2

Von Daniel Hadrys und AFP

BRÜSSEL/RAVENSBURG - Die Nato hat Russland die Verantwortung für den Fall eines Scheiterns des INF-Abrüstungsvertrags zugewiesen. Nach dem geplanten Austritt der USA wegen Verstößen Moskaus gegen das Abkommen sei die russische Regierung "am Zug" und müsse die Regeln des Vertrags wieder einhalten, forderten die Nato-Außenminister bei ihrem Treffen in Brüssel in einer gemeinsamen Erklärung. US-Außenminister Mike Pompeo will Russland dennoch eine 60-tägige Frist einräumen, um zu den Vertragsbestimmungen zurückzukehren.

Russlands Verletzung des Vertrags über das Verbot von atomaren Mittelstreckenraketen "höhlt die Grundlagen einer effektiven Waffenkontrolle aus", erklärten die Minister der 29 Nato-Staaten. Dies gefährde die Sicherheit der Bündnispartner und sei Teil von Russlands "allgemeinem Verhaltensmuster", dessen Ziel die Schwächung der transatlantischen Sicherheitsarchitektur sei. Die USA dagegen hätten sich stets "vollständig" an die Vertragsbestimmungen gehalten,



Russlands Präsident Wladimir Pu-

betonten die Minister. Es sei "nicht tragbar", dass Washington und andere Staaten das Abkommen respektieren, während Russland dagegen verstoße. Die USA und die Nato werfen Russland vor, den Vertrag durch ein neues Raketensystem zu verletzen. Ende Oktober hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Vertrag angekündigt.

Agnieszka Brugger, sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, hält einen möglichen Ausstieg der USA für falsch. Dieser sei eine "gefährliche Schlussfolgerung" aus dem Vertragsbruch Russlands, sagte die Ravensburgerin im Gespräch mit der "Schwäbischen Zeitung". "Wer Verträge aufkündigt, kann nicht kritisieren, dass der andere sie nicht einhält." Sie wünsche sich, dass Kremlchef Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump sich auf das Vertragswerk besinnen.

Brugger forderte darüber hinaus eine gemeinsame Antwort der europäischen Staaten auf Russland. "Wladmir Putin bricht immer wieder die Regeln unserer gemeinsamen internationalen Ordnung", sagte Brugger. Daher sei es richtig, die Zukunft der Gaspipeline Nord Stream 2, die von Russland durch die Ostsee nach Deutschland führen soll, infrage zu stellen, "um ein klares Zeichen der Europäer zu senden, dass diese permanenten Regelbrüche nicht weiter akzeptiert werden".

Globale Herausforderungen, wie ein Ende der Gewalt in Syrien und eine Rettung des Atomabkommens mit dem Iran, könnten nur gemeinsam mit Russland gelingen. "Ziel muss sein, zu dem früheren guten Verhältnis zurückzukehren. Dafür braucht es eine Verhaltensänderung Russlands und kluge Diplomatie seitens der europäischen Staaten", so Brugger.

Russland gibt Blockade teilweise auf

Russland hat damit begonnen, Schiffen den Zugang zu ukrainischen Häfen am Asowschen Meer zu gestatten - ein möglicher Schritt zur Entschärfung der Krise zwischen den Ländern. Der ukrainische Infrastrukturminister Wolodymyr Omeljan erklärte am Dienstag, Moskau habe die Blockade der Haupthäfen Mariupol und Berdiansk teilweise aufgehoben. Schiffe gelangten demnach durch die Straße von Kertsch zu den Häfen. Die Meerenge verbindet das Schwarze Meer mit dem kleineren Asowschen Meer. Sie liegt zwischen dem russischen Festland und der Halbinsel Krim. (AFP)